

Zitation:

Miriam Gödecke / Birte Keller / Jula Munz / Lena Pflüger: „Wasser - ein knappes Gut?“, E-learning-Projekt, Lateinamerika-Institut, WS 2014/15

http://www.lai.fu-berlin.de/disziplinen/literaturen_und_kulturen_lateinamerikas/studiengaenge/elearning-projekte/brennpunkte_la/ressourcen/wasser.pdf

Wasser – ein knappes Gut?

Miriam Gödecke, Birte Keller, Jula Munz, Lena Pflüger

Brasilien ist weltweit das Land mit dem größten Süßwasservorkommen und leidet dennoch an einer Wasserkrise. Auch Mexiko hat vielerorts trotz Regenreich-tums mit Dürre und Engpässen in der Wasserversorgung zu kämpfen. Statt den Ursachen dieser paradoxen Situation auf den Grund zu gehen, wird in Mexiko auf hochmoderne Techniken gesetzt und in Brasilien auf vehemente Sparmaß-nahmen. Welche tiefgreifende Probleme sich hinter diesem Verhalten verbergen, die im direkten Zusammenhang mit einem Demokratiedefizit und einseitigen Entwicklungsmodell sehen, zeigt ein Blick auf die zwei größten Städte Latein-amerikas: São Paulo und Mexiko-Stadt.

Die Wasservorräte der brasilianischen Megastadt sind nahezu aufgebraucht und Mexikos Hauptstadt versinkt aufgrund der übermäßigen Ausbeutung der Grundwas-servorkommen wortwörtlich im Boden. Angesichts dieser prekären Lage haben die Regierungen der beiden Städte Maßnahmen ergriffen, um den Wasserkonsum einzu-schränken. Doch das Problem ist nicht die Knappheit. Dreh- und Angelpunkt ist viel-mehr die ungleiche Verteilung, die ineffiziente Wasserpolitik der Regierungen und vor allem die zunehmende Vermarktung der lebenswichtigen Ressource. Nicht umsonst nennt man Wasser inzwischen das „blaues Gold“ – nach Öl ist das Geschäft mit dem kühlen Nass das lukrativste weltweit.

Unter dem Vorwand des Mangels wird Wasser zur Ware erklärt und ganze Quellen an private Unternehmen übergeben, die damit horrenden Gewinne einfahren und von der Politik weder für die Überausbeutung der Wasserressourcen noch für die Ver-schmutzung der Gewässer belangt werden - unter dem Vorwand, ihre Aktivität sei dem wirtschaftlichen Wachstum und der Entwicklung des Landes förderlich. Beim Thema Wasser geht es um viel mehr als Knappheit – nämlich den Vorrang wirtschaftlicher Interessen vor den Bedürfnissen der Bevölkerung. Dies impliziert, dass bei der Durch-setzung grundlegender Rechte Akteure das Sagen haben, die nie durch eine Wahl legitimiert wurden. Ergebnis ist einerseits ein Profitstreben, das einer nachhaltigen Entwicklung diametral entgegensteht, andererseits führt das Demokratiedefizit zu ei-nem Vertrauensverlust gegenüber der Politik und der Regierung. Gleichzeitig eröffnen Initiativen aus der Bevölkerung – Forderungen nach Selbstverwaltung, Bemühungen hinsichtlich eines nachhaltigen Umgangs mit dem Lebenselixier – die Perspektive für mögliche Alternativen, und dies nicht nur auf ökologischer, sondern auch auf sozialer und politischer Ebene.

Mexiko-Stadt: Mangel und Überfluss

Die größten Erfolge sowie die schlimmsten Krisen Mexiko-Stadts waren seit jeher eng mit dem Thema Wasser verbunden – und sind es noch: Die Metropolregion DF ächzt unter ihren weit über zwanzig Millionen Bewohnern, und die verschmutzten Überbleibsel des bereits unter den spanischen Besatzern trockengelegten Texcoco-Sees stehen sinnbildlich für die aktuelle Lage: Der Wasserhaushalt der Metropole ist gestört und kann langfristig die Versorgung der Bevölkerung nicht garantieren.

Die Wasserinfrastrukturprojekte der Hauptstadt sind größtenteils zwar Superlative moderner Technik, allerdings alles andere als nachhaltig. So lässt die Stadt beispielsweise aktuell einen zweiten Abwassertunnel – den größten weltweit – unter der Stadt bauen. Ab 2016 soll er einen Großteil des Abwassers aus der Stadt leiten, quer durchs Land, in den Ozean. Kostenpunkt: über einer Milliarde Euro. Aufgrund eines fehlenden Wiederaufwertungssystems wird also das Wasser nach nur einmaliger Nutzung unter Höchstanstrengungen entsorgt.

Auch die Wasserversorgung ist aufwendig und gleichzeitig ineffizient: Die steigende Nachfrage wird gestillt, indem 80 Prozent des Leitungswassers mithilfe von Tiefenbrunnen aus den unter der Stadt liegenden Grundwasservorräten gepumpt wird; die restlichen 20 Prozent werden aus weit entfernten Reservoirs in die Stadt geleitet. Beide Methoden sind enorm energieaufwändig; erstere hat zudem zur Folge, dass der Grundwasserspiegel stetig sinkt und mit ihm der Boden unter der Stadt und die Stadt selbst – mittlerweile bis zu 35 Zentimeter im Jahr. Auch verfügt Mexiko-Stadt nicht über ein System, um den reichlich fallenden Regen aufzufangen und zu lagern, und durch fehlende Instandhaltung des Rohrsystems versickern zudem 40 Prozent des Leitungswassers im Boden.

Angesichts dieses Fehlverhaltens der Politik regt sich nicht nur Widerstand in der Bevölkerung, es wird auch nach Alternativlösungen für die Wasserproblematik gesucht. Zahlreiche Kommunen verlangen die Selbstverwaltung ihrer Wasservorkommen, und die Gruppe „*Isla Urbana*“ ermöglicht Bewohnern marginalisierter Stadtteile erstmals den Zugang zu Leitungswasser – ohne jegliche staatliche Hilfe. Die Systeme können Regenwasser auffangen, filtern und lagern. Den Gründern zufolge wären sie in der Lage, den Bedarf einer Familie für sieben Monate im Jahr zudecken. Bislang wurden 1500 dieser Wassertanks installiert.

Trotz dieses Erfolgs und anderer Initiativen wird die Möglichkeit Wasser nicht mehr über die Tiefbrunnen der Stadt zu gewinnen von der Politik angesichts der über 20 Millionen Einwohner als utopisch abgetan. Stattdessen setzt sie weiter auf (Fehl-)Investitionen in moderne Technologie: Neuerdings versucht sich die Stadtverwaltung an fossilem Grundwasser. Nach einer ersten erfolgreichen Probebohrung im Januar dieses Jahres sind jetzt drei neue Brunnen in 2000 Metern Tiefe geplant – welche Auswirkungen dies auf die Umwelt haben wird, ist bislang unbekannt. Zusätzlich spielt die Regierung durch ‚bewusstseinsgenerierende‘ Kampagnen, die der Bevölkerung suggerieren, für den Wassernotstand verantwortlich zu sein, Industrie und Landwirtschaft in die Hände. Denn der falsche Fokus auf die Bevölkerung, die lediglich mit einem Anteil von zwölf Prozent am Gesamtwasserverbrauch des Landes beteiligt ist, lenkt von der Tatsache ab, dass diese beiden Sektoren weitaus entscheidender zu der prekären

Situation beitragen: Während die Landwirtschaft durch ineffiziente Bewässerungsmethoden, massiven Einsatz von Pestiziden sowie Monokulturen die Wasserressourcen überstrapaziert und Gewässer verschmutzt, verschlimmert die Industrie die Situation, indem sie fahrlässig mit Schadstoffen umgeht und Wassermengen aufwendet, die die notwendige Menge weit überschreiten – ohne dabei staatliche Kontrollen oder gar Repressionen fürchten zu müssen. Gesetzte Umweltstandards werden nicht durchgesetzt und Industrie und Landwirtschaft in hohem Maße staatlich subventioniert.

Hauptgewinner des Dilemmas ist die Getränkeindustrie. Firmen wie Coca Cola und Nestlé haben sich in Mexiko angesiedelt und dominieren durch den Kauf zahlreicher lokaler Getränkemarken den mexikanischen Markt. Dabei gründet die Standorthoheit Mexikos für diese Multiunternehmen auf zweifelhaften Tatsachen: Zum einen ist die Gewinnspanne aufgrund geringer Abgaben, niedriger Wasserpreise und unzureichend durchgesetzter Umweltstandards beträchtlich. Zum anderen hat sich der mexikanische Markt als Goldgrube entpuppt: Da die Bevölkerung aufgrund fehlender Purifizierungsprozesse kein Leitungswasser trinkt, ist sie auf den Erwerb von Trinkwasser in Form von Flaschen angewiesen. Mexiko liegt heute weltweit auf Platz zwei des Konsums von Flaschenwasser. Diese Lage befeuert einen Teufelskreis, da nicht nur Wasservorkommen überausgebeutet werden (für die Produktion von einem Liter Flaschenwasser werden sechs Liter Wasser benötigt), sondern die Profite, die durch diese Unternehmen in die Staatskasse gespült werden, der Politik auch den Anreiz nehmen, in nachhaltige Trinkwasserversorgung zu investieren. Am härtesten trifft es die arme Bevölkerung, die mit einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 20 Litern pro Tag im Gegensatz zu den durchschnittlichen 170 Litern der Bevölkerung den geringsten Anteil an der Situation hat und durch die Wassersituation noch mehr marginalisiert wird. Denn Flaschenwasser ist teuer: Laut Wissenschaftlern der *Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM)* ist der Preis für einen Liter Flaschenwasser in Mexiko-Stadt teilweise um ein tausendfaches höher als ein Liter Leitungswasser.

Und dabei war Mexiko 2010 unter den 34 Ländern, die Wasser und den Zugang zu sauberem Trinkwasser als Menschenrecht anerkannten. Ungeachtet dieser Tatsache diskutiert die Regierung von Enrique Peña Nieto derzeit über einen Gesetzesentwurf, der über die Hälfte der Wasservorkommen, die dazugehörige Infrastruktur und die Verteilung des Wassers in private Hand geben würde. Der Gesetzesentwurf verstößt damit, wie Experten und Privatisierungsgegner anmahnen, gegen eben dieses Menschenrecht, benachteiligt besonders die ärmeren Teile der Bevölkerung, da die Preise nicht länger staatlichen Kontrollen unterlägen und fördert den Einfluss der Konzerne, die den Wassermarkt bereits dominieren.

Das Argument, die Vermarktung des Wassers führe zu einem bewussteren Umgang mit dem Lebenselixier, entpuppt sich anhand des mexikanischen Beispiels als Farce: Sie verschlimmert vielmehr das Problem sowohl in ökologischer als auch in sozioökonomischer Hinsicht.

São Paulo: Interessenskonflikte um Wasser

Die brasilianische Wirtschaftsmetropole steuert auf ein ‚Worst-Case‘-Szenario zu, wie man es sonst nur aus der apokalyptischen Science-Fiction-Literatur kennt. Die völlige Erschöpfung des Wasserreservoirs Cantareira, das fast zehn der vierzehn Millionen

Paulistaner versorgt, rückt unaufhörlich näher und seine Ausmaße werden zunehmend greifbarer: Bereits drei Millionen Bewohner waren von unangekündigten Wasserabstellungen betroffen, die Preise für Wasser steigen und das Leitungswasser weist Verschmutzung durch Schwermetalle auf. Cantareira arbeitet unter dem Mindestniveau und hat sein Limit erreicht.

Die Situation spiegelt die für das Land so markante soziale Ungleichheit wider: Der offizielle Pro-Kopf-Verbrauch von Wasser in São Paulo liegt aktuell bei 175 Liter am Tag, 65 Liter mehr als die Vereinten Nationen als Durchschnittsverbrauch pro Kopf vorsehen. Tatsächlich verbrauchen aber nur einige wenige das Wasser, während alle anderen oft keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.

Der für den 21. November 2014 prognostizierte, absolute Versorgungsausfall blieb aus. Doch der Schein trügt: Nicht etwa rechtzeitige Renovierungsmaßnahmen des Systems, die Erschließung neuer Quellen, oder eine gute Administration der Reserven waren der Grund. Das im April gestartete Projekt São Lourenço zur Erschließung neuer Quellen ist sicherlich eine richtige und notwendige Maßnahme, doch mit der Fertigstellung im Jahr 2019 kommt dieser Schritt reichlich zu spät. Nein, die Stadt spielte mit der Nutzung des zweittiefsten Beckens von Cantareira ihren letzten Joker aus. Kurzfristig wurden die Bewohner vor dem Missstand bewahrt, doch die Anzapfung verursachte irreparable Schäden am Wasserreservoir.

Angesichts der aktuellen Krise wird heftig diskutiert: Wen trifft die Schuld?

In Einklang mit den großen Medien erklärt der Regierende des Staates São Paulo, Geraldo Alckmin, die Ursache der Krise läge im ausbleibenden Regen; er spricht von einer „unvorhersehbaren“ und „einzigartigen“ Situation, ja sogar von der schlimmsten Dürrezeit seit 3378 Jahren. Dass dies eine Ausrede ist, zeigt ein Blick in die Geschichte: Es stimmt zwar, dass in den vergangenen Dezember- und Januarmonaten durchschnittlich weniger Regen fiel als in den Jahren zuvor, doch zyklische Trockenzeiten sind in der Region seit jeher bekannt.

Während Politik und Wirtschaft jegliche Verantwortung von sich weisen, sind sich Experten einig: Nicht der heilige Petrus ist für die Krise verantwortlich, sondern die Fahrlässigkeit der Regierung, die trotz Mahnungen seit 20 Jahren nicht mehr in das Wasserversorgungssystem der ständig wachsenden Megastadt investiert hat. Ein Blick auf das Wasserver- und -entsorgungssystem in São Paulo und Daten und Zahlen der verantwortlichen halbstaatlichen Wassergesellschaft *Sabesp (Companhia de Saneamento Básico do Estado de São Paulo)* lässt schnell erkennen, wo die Interessen und Prioritäten liegen. Das Wasser erreicht die Konsumenten über Rohre, von denen die meisten seit 30 bis 40 Jahren in Gebrauch sind. Es ist erschreckend, aber keineswegs verwunderlich, dass im Jahr 2014 rund 31 Prozent des Wassers auf seinem Weg zum Verbraucher verloren ging – ein Volumen, das ausreichen würde, um die knapp drei Millionen Einwohner der Nachbarstadt Campinas zu versorgen. Vom Abwasser im Großraum São Paulo werden zwar 86 Prozent aufgefangen, aber nur 49 Prozent davon wieder aufbereitet. Ein Großteil landet direkt in den Flüssen, mit entsprechenden Konsequenzen für die Umwelt. Umso absurder scheint es, dass *Sabesp* für jeden bereitgestellten Liter Wasser vom Konsumenten einen Betrag für die Wasseraufbereitung in Rechnung stellt. Was also tatsächlich fließt, ist nicht purifiziertes Wasser zu

den paulistaner Haushalten, sondern exorbitante Gewinne in die Kassen der *Sabesp* und ihrer Aktionäre. Zwischen 2005 und 2013 erwirtschaftete das Unternehmen laut eigenen Angaben umgerechnet ca. 4,2 Milliarden Euro und verzeichnete eine jährliche Gewinnspanne von knapp zwölf Prozent. Als im Jahr 2000 unter Geraldo Alckmin die Privatisierung des Wasserunternehmens mit dem Verkauf von 49,74 Prozent der Aktien auf dem freien Markt vorangetrieben wurde, änderte sich einiges. Statt die Wasserversorgung und die öffentliche Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten, stehen nun mehr die Aktionäre und die Gewinnmaximierung im Vordergrund. Früher arbeiteten bei dem Unternehmen Ingenieure, heute sind es Ökonomen und Anwälte.

Doch nicht allein Regierung São Paulos trägt die Verantwortung. Auch auf Landesebene führen gewinnorientierte Fehlentscheidungen und umweltpolitische Versäumnisse der Politik zu einer Verschlechterung der Lage: Am kontroversesten wird zurzeit eine geplante Verfassungsänderung diskutiert. Der Verfassungszusatz PEC 215 sieht vor, die Ausweisung von Schutzgebieten und indigenen Territorien von der Regierung an das von der gewinnorientierten Agrar- und Bergbaulobby dominierte Parlament zu übergeben. Damit ist nicht nur der Lebensraum indigener Völker bedroht – dem Amazonas stünde zudem der nächste Kahlschlag bevor. Dies hätte auch fatale Auswirkungen auf den bereits sehr angespannten Wasserhaushalt von Städten wie São Paulo. Denn der Regenwald im Amazonas ist als natürlicher Wasserspeicherraum für die sommerlichen Niederschläge verantwortlich und somit für den Wasserkreislauf des gesamten Landes von zentraler Bedeutung.

Obwohl auch in Brasilien der Wasserkonsum der Bevölkerung nicht das Hauptproblem ist – die Agroindustrie ist insbesondere durch die Produktion von Soja, Mais und Viehzucht für 70 Prozent des brasilianischen Gesamtverbrauchs verantwortlich – wird in São Paulo, ähnlich wie in Mexiko-Stadt, die Verantwortung bei der Bevölkerung gesucht. Plakate, Flyer und Filme in öffentlichen Verkehrsmitteln geben Tipps zum Wassersparen und fordern zu einem bewussteren Umgang mit dem knappen Gut auf. Eine andere Maßnahme, die zum Sparen erziehen soll, sind Rabatte bei niedrigem Wasserkonsum bzw. Sanktionen bei Erhöhung des Verbrauches. Zudem denkt die Regierung aktuellen Meldungen zufolge nach anfänglicher Ablehnung über Wasserrationierungen nach. An mehreren Tagen pro Woche soll das Wasser abgestellt werden. Das war dann aber doch zu viel: In den letzten Monaten gehen immer mehr Brasilianer auf die Straße, um zu protestieren und Druck auf die Regierung aufzubauen. Vielleicht – man mag es nur hoffen – ist diese Krise, die Versäumnisse, Fehlentscheidungen, Interessenskonflikte und Klimaprobleme aufzeigt, auch eine Chance für einen anderen und bewussteren Umgang mit dem Lebenselixier.

Entwicklung um jeden Preis?

Massive Abholzungen in Brasilien, horrenden Gewinne für Coca Cola & Co. in Mexiko: der wirtschaftliche Erfolg der beiden Länder verkörpert nicht nur den Aufschwung der aufstrebenden Mächte Lateinamerikas, sondern zeigt auch die Schattenseite eines Entwicklungsmodells, das im Kampf um Standortvorteile und einseitiges Profitstreben weite Teile der Bevölkerung ausschließt und einen nachhaltigen Umgang mit den Naturressourcen unmöglich macht.

Die selbstverschuldete und teilweise inszenierte Wasserknappheit in den beiden Megastädten São Paulo und Mexiko-Stadt ist Teil eines Dilemmas, unter dem insbesondere die marginalisierten Teile der Bevölkerung leiden. Denn diejenigen, die es sich leisten können, ziehen an Orte, wo die Wasserknappheit weniger zu spüren ist und kaufen Trinkwasser aus Flaschen. Jene, die keine Möglichkeit haben, der Situation zu entfliehen, tragen die Konsequenzen des globalen Geschäfts mit dem blauen Gold.

Einer langfristigen Lösung der Versorgungsengpässe stehen Interessen im Weg, die weit über den nationalen Rahmen hinausgehen. Da die Auswirkungen der aktuellen Wasserpolitik bislang insbesondere in Ländern des Globalen Südens zu spüren sind, halten sich die ernsthaften Bemühungen der sogenannten internationalen Gemeinschaft in Grenzen. Entsprechend spüren die meisten Betroffenen trotz medienwirksamer Konferenzen des Weltwasserforums wenig vom internationalen Engagement. Und so zeigen lokale Initiativen der Bevölkerung die greifbarsten Auswege aus der Krise auf. Ob diese in Anbetracht der bestehenden wirtschaftlichen Interessen eine Chance haben, ist allerdings fragwürdig.